



## Antrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild SPD,**

**Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Gülseren Demirel, Tim Pargent, Gisela Sengl, Patrick Friedl, Kerstin Celina, Verena Osgyan, Susanne Kurz und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),**

**Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Helmut Kaltenhauser FDP**

### **Keine weiteren Verzögerungen bei der Erweiterung der Universitätsklinik Würzburg!**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Erweiterung der Universitätsklinik Würzburg um die neue Kopfklinik, das neue Mutter-Kind-Zentrum und die neue Energiezentrale sowie die dringende Notwendigkeit, eine rasche Realisierung zu erreichen, wird die Staatsregierung aufgefordert, schriftlich zu berichten,

- warum der Planungsauftrag bislang noch nicht erteilt worden ist,
- wie gewährleistet werden kann, dass die weiteren Planungs-, Umsetzungs- und Finanzierungsschritte zur Realisierung ohne weitere Verzögerung erfolgen und das Erweiterungsprojekt mit Priorität vorangetrieben wird,
- wie sichergestellt werden kann, dass gegebenenfalls weitere erforderliche Planungsaufträge für weitere Bauabschnitte so rechtzeitig erteilt werden, dass eine durchgehende Baumaßnahme ohne vermeidbare Unterbrechungen erfolgen kann,
- welche baulichen Übergangsmaßnahmen an den bisherigen Klinikstandorten in welchem Kostenumfang mit welchen Gründen zu erwarten sind.

### **Begründung:**

Die Erweiterung der Universitätsklinik Würzburg mit neuer Kopfklinik, neuem Mutter-Kind-Zentrum und neuer Energiezentrale ist für medizinische Versorgung Nordbayerns sowie für die medizinische Forschung und Lehre von herausragender Bedeutung. Leider hat sich die Umsetzung bereits durch die langdauernden Verhandlungen um den Erwerb des erforderlichen Grundstücks deutlich verzögert. Auch ist deutlich über acht Monate nach dem Abschluss des Grundstücksgeschäftes nach wie vor der erforderliche Planungsauftrag gegenüber dem Staatlichen Bauamt nicht erteilt worden. Um das Projekt entsprechend seinem Stellenwert und seiner Dringlichkeit nicht weiter ins Hintertreffen kommen zu lassen, ist erforderlich, dass die Staatsregierung den Planungsauftrag nunmehr unverzüglich erteilt sowie zeitnah darüber berichtet, dass und welche Möglichkeiten zur schnellstmöglichen Umsetzung des Vorhabens genutzt werden sowie welche notwendigen baulichen Übergangsmaßnahmen an den bisherigen Klinikstandorten erfolgen müssen.